



## Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 3. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

1. Abgeordnete  
Evelyn Edler  
(DIE LINKE)

### **Große Umbrüche bis 2016 im Landesaufbau angekündigt**

Im Streitgespräch „Das treibt uns um - Höhere Steuern, mehr Schulden oder sparen?“ Finanzminister Bullerjahn und Gemeindebund-Geschäftsführer Leindecker über Kommunen in Not. In der Mitteldeutschen Zeitung vom 23. Mai 2011, Seite 2, kündigte Finanzminister Bullerjahn die Abschaffung der Dreistufigkeit des Landesaufbaus an. Bis 2016 soll das Landesverwaltungsamt als Bündelungsbehörde aufgelöst sein.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welches Konzept und welcher Kabinetts-Beschluss bilden für dieses Vorhaben die Grundlage?
2. Welche inhaltlichen und zeitlichen Eckpunkte gedenkt die Landesregierung bis zur Umsetzung der Zweistufigkeit des Landesaufbaus zu realisieren?

2. Abgeordnete  
Eva von Angern  
(DIE LINKE)

### **Außerschulische Jugendbildung**

Dem Vernehmen nach soll der Bereich der außerschulischen Jugendbildung aus dem Ministerium für Arbeit und Soziales in die Verantwortung des Kultusministeriums übertragen werden.

Ich frage die Landesregierung:

Trifft das zu und wenn ja,

1. in welcher Form sollen die in diesem Bereich tätigen Träger und Dachverbände in die Umstrukturierung einbezogen werden?
2. welche weiteren strukturellen Änderungen werden von der Landesregierung in diesem Zusammenhang erwogen?

3. Abgeordneter  
Gerald Grünert  
(DIE LINKE)

### **Entwicklung und Konsolidierung der neuen Kommunalstrukturen**

CDU und SPD bringen im Koalitionsvertrag ihre Überzeugung zum Ausdruck, „dass es in den nächsten Jahren darauf ankommt, dass sich die Kommunen in den neuen Strukturen entwickeln und konsolidieren.“ Weiter heißt es im Koalitionsvertrag: „Soweit freiwillig weitergehende Gebietsänderungen angestrebt werden, findet dies unsere Unterstützung.“

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Weise will die Landesregierung zukünftig Städte, Gemeinden und Landkreise bei der Konsolidierung und Entwicklung leistungsfähiger Strukturen unterstützen und wie bewertet sie in dem sich gegenwärtig vollziehenden Prozess Fragen der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit für die Kommunen in Sachsen-Anhalt?
2. Unter Beachtung welcher Grundsätze beabsichtigt die Landesregierung freiwillige Gebietsänderungen von Städten und Gemeinden zusätzlich zu unterstützen und finanziell zu fördern?

4. Abgeordneter  
Uwe Loos  
(DIE LINKE)

### **Interkommunale Funktionalreform**

CDU und SPD streben laut Koalitionsvertrag eine interkommunale Funktionalreform mit dem Ziel der orts- und bürgernahen Erledigung von hierfür zweckmäßigen Aufgaben an, um die Rathäuser zum Eingangsportal für möglichst viele Bürgeranliegen zu machen. Dafür sollen kooperative Ansätze zwischen den Gebietskörperschaften durch die Gesetzgebung weiter befördert und durch geeignete Anreize unterstützt werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welches Ministerium der Landesregierung ist für die interkommunale Funktionalreform federführend verantwortlich und wie beabsichtigt die Landesregierung die Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbände bei der Fortentwicklung der entsprechenden Gesetze sicher zu stellen?
2. Welche kooperativen Ansätze gibt es nach Auffassung der Landesregierung zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften, die hinsichtlich möglicher Aufgabenverlagerungen durch Gesetzgebung sowie weitere Anreize befördert und unterstützt werden können?

5. Abgeordnete  
Dr. Helga Paschke  
(DIE LINKE)

### **Übertragung des Tarifabschlusses der Länder**

In der Pressemitteilung Nr. 176/11 vom 15. März 2011 zum Tarifabschluss für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder heißt es:

„Die Landesregierung strebt an, das Tarifergebnis inhaltlich und zeitgleich auf die Beamten, Richter und Versorgungsempfänger zu übertragen.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann beabsichtigt die Landesregierung, das Tarifergebnis auf die Beamten, Richter und Versorgungsempfänger zu übertragen?
2. Beabsichtigt die Landesregierung, aufgrund des bereits eingetretenen Zeitverzuges eine Rückwirkungsklausel des Abschlusses für den Personenkreis in Anwendung zu bringen?

6. Abgeordneter  
Markus Kurze  
(CDU)

### **Vereinfachung von Genehmigungs- und Antragsverfahren**

Auf allen Politikfeldern haben Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sich mit zahlreichen Vorschriften, Erlassen und Bestimmungen aus Gesetzen auseinandersetzen. Diese Flut an Bürokratie ist oft ohne einen Rechtsbeistand kaum zu bewältigen. Daher wird der Wunsch der Bevölkerung, im Rahmen des Bürokratieabbaus eine Vereinfachung von Genehmigungs- und Antragsverfahren zu erreichen, oft an die Politik herangetragen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche konkreten Maßnahmen zum Bürokratieabbau konnten in der letzten Legislaturperiode vollzogen werden?
2. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung innerhalb dieser Legislaturperiode ressortübergreifend, um unnötige oder überholte Vorschriften, Erlasse und Gesetze zu reduzieren?